

Tagungsdokumentation

Gemein machen

Partei ergreifen - Sollen wir das? Dürfen wir das? Oder müssen wir das?

26. Journalistentag, ver.di-Haus Berlin, 24. November 2012, 10 - 17 Uhr



Inez Kühn

Foto: Jan Timo Schaube

Inez Kühn begrüßt die rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 26. Journalistentags.

Zusammen mit Uli Röhm führt sie durch das Programm dieses Journalistentags.



Frank Werneke

Foto: Jan-Timo Schaube

Eröffnung

Frank Werneke
stellvertretender ver.di-Vorsitzender

"Müssen Journalisten nicht denen eine Stimme geben, die sonst keiner hört? Ist es nicht vielleicht sowieso unmöglich, neutral zu berichten?" Mit diesen Fragen eröffnete Frank Werneke seine Einführung in das heutige Thema. Wenn die Nachricht sofort im Internet steht, dann muss die Zeitung Hintergrund und Themen abseits des Mainstreams bieten. Das heißt, auswählen. Und das bedeutet, Partei ergreifen. Das heiße aber auch, mehr Zeit und Geld für engagierten Journalismus, für Qualitätsjournalismus einzusetzen. Darin sieht Werneke die Zukunftschance für die Zeitungen. Einsparungen stehen am Anfang von Qualitätsverlust und dieser zieht den Verlust von Lesern nach sich, wie bei der Frankfurter Rundschau geschehen.

Professioneller Journalismus wird laut Werneke auch in Zukunft gebraucht, und zwar nicht nur um "einen aus der analogen Welt kommenden Beruf unter Artenschutz zu stellen", sondern weil die Einordnung und Gewichtung von Informationen gerade in einer sich verändernden Medienlandschaft an Bedeutung gewinnen.

Werneke beobachtet einen Qualitätsverlust bei Zeitungen mit Monopolstellung. Das sei einer der Gründe, weshalb ver.di gegen eine Lockerung des Pressefusionsrechts kämpft. Eine differenzierte Presseförderung stoße in Deutschland allerdings schnell an verfassungsrechtliche Grenzen. Deshalb fragt Werneke: "Ist es nicht sinnvoller, unabhängig von einzelnen Titeln die Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten zu fördern?"

Zeitungen und Zeitschriften sind nach Meinung Wernekes neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch künftig die wichtigen Träger des Qualitätsjournalismus. Doch gerade in den Zeitungsredaktionen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen massiv. Eine weitere steuerliche Privilegierung von Zeitungen und Zeitschriften müsse "zwingend mit einem Kontrakt für Qualität und Fairness im Journalismus einhergehen", sowie mit verbindlichen sozialen und tariflichen Standards.



Sebastian Dullien

Foto: Jan-Timo Schaube

Sebastian Dullien
Professor der Volkswirtschaftslehre und Journalist:

"Ihr wisst nicht, worüber Ihr schreibt - Womit macht Ihr Euch gemein?"

Sebastian Dullien wirft der Wirtschaftsberichterstattung vor, Aussagen zur Wirtschaftsentwicklung und -politik von Wissenschaftlern und Politikern nicht genug zu hinterfragen. Er stellt seine These anhand mehrerer Themenkomplexe dar.

Ein Komplex ist die Standortdebatte über Deutschlands Wirtschaftskraft, in der Hans-Werner Sinn 2003 Deutschlands Untergang prophezeite, während Deutschland gleichzeitig Exportweltmeister wurde. Beides war am selben Tag in der Financial Times Deutschland zu lesen. Dennoch ist der Wissenschaftler nach wie vor in den Talkshows präsent und wird in den Medien gerne als Experte zitiert.

Ein weiteres Beispiel für zu wenig kritischen Journalismus ist für ihn die Eurokrise. Berichtet werde nicht über den Sinn von Rettungsmaßnahmen, sondern über taktische Finessen der Politiker bei den Euro-Gipfeln. Als dritten Komplex nennt Dullien die Berichte über das Rentensystem.

Doch in den Medien wird gespart, Hinterfragen und Recherche werden schwieriger. Die Verlage haben erwartet, dass die Leser weiterhin den hohen Preis für weniger Qualität zu zahlen bereit sind, so Dullien. "Doch der Leser ist nicht dumm", kommentiert er diese Fehleinschätzung und rät dringend, diese Verlagspolitik zu ändern. Innovationen in Zeitungs- und Zeitschriftenhäusern sollten nicht nur in technischen Bereichen gedacht werden, sondern auch in Bewertungsmaßstäben für die Berichterstattung.



Uli Röhm

Foto: Jan-Timo Schaub

In der anschließenden Diskussion, die Uli Röhm moderierte, ging es um Hemmnisse, die Lokaljournalisten bei kritischer Berichterstattung von Politikern und Verlagen in den Weg gelegt werden. Kritisch wurde auch angemerkt, genauere Sorgfalt bei der Wortwahl der Journalisten zu üben, wenn zum Beispiel eigentlich positive Begriffe wie "Reform" verwendet werden. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Drittmittelfinanzierung vieler Wirtschaftswissenschaftler, aber auch angeblich sozialer Initiativen durch Wirtschaftsunternehmen. Hier sollte bei Journalisten die Frage nach den Finanzquellen eine größere Rolle in der Berichterstattung spielen. Dullien fragte, warum nur über die Transparenz bei den Einkünften von Politikern debattiert werde, aber nicht über die Einkünfte

von Hochschullehrern. Redaktionen sollten sich immer wieder fragen, welche Experten sie wann und warum über welches Thema befragen, mahnte Uli Röhms, selbst Wirtschaftsjournalist.



Ulrike Trautwein

Foto: Jan-Timo Schaub

Ulrike Trautwein
Generalsuperintendentin der Evangelischen Kirche in Berlin

"Warum macht ihr Euch nicht endlich gemein mit der gerechten Sache?"

In Europa, einem reichen Kontinent, wird der Abstand zwischen arm und reich immer größer, genau wie im reichen Deutschland. In Berlin sei dies besonders zu spüren. Doch die Werke der Barmherzigkeit, wie in der Bibel dargestellt, sind nach Ulrike Trautweins Beobachtung aus der Mode gekommen. Alles müsse marktgerecht sein. Wer beruflich oder gesellschaftlich nicht mehr mitkomme, werde abgehängt nach dem Motto: "Wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht."

Warum machen sich in einer solchen Situation die Journalisten nicht gemein mit der guten Sache, fragt die Generalsuperintendentin. Zwischenfrage von Lars Hansen an die Kirchenvertreterin: "Und warum zahlt ihr nicht nach Tarif?". Trautwein gab zu, dass auch die Kirchen den Erwartungen an christliche Ethik nicht immer gerecht werden. Für evangelische Christen gebe es aber keine verbindlichen Standpunkte in politischen Fragen, sondern nur das Gewissen und die Argumentation gegen eine Gesellschaft zunehmend prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse, materieller Armut und sozialer Exklusion. "Die Stärke eines Volks misst sich am Wohl der Schwachen", heiße es in der Schweizer Verfassung von 1999. Trautwein: "Mit dieser gerechten Sache lohnt es sich, sich gemein zu machen".

Auf Nachfrage von Lars Hansen und Gundula Lasch räumte Trautwein ein, dass die Kirche einen zu großen Heiligenschein um ihren "Dritten Weg" mache, beklagte aber auch Polemik von Seiten ver.di. Besser sollten beide Seiten gegen die Gesundheitspolitik zusammenwirken, die zu den fatalen Zuständen in der Krankenversorgung und Pflege führe, in der die Diakonie stark engagiert ist. Sie werde jedoch die Vorwürfe aus den Reihen der Journalisten mitnehmen und in ihre Arbeit als Generalsuperintendentin einbringen.

Zum Zitat Hanns Joachim Friedrichs', das den Ausgangspunkt der Diskussion des Journalistentags bildet, bestritt sie, dass es Journalistinnen und Journalisten möglich sei wirklich neutral zu sein.



Andreas Hunzinger

Foto: Jan-Timo Schaub

Andreas Hunzinger
Sportredakteur der Frankfurter Rundschau und ver.di-Vertrauensmann berichtet über die Ereignisse in der FR

Nach Tagen der Schockstarre sei durch die große Solidarität, die die Kolleginnen und Kollegen spüren, eine kämpferische Haltung gewachsen, ebenso die Hoffnung auf ein Weiterleben der Zeitung. Langer Beifall und eine einstimmig verabschiedete Resolution "Für den Erhalt der Frankfurter Rundschau - Solidarität mit den Beschäftigten" war die Antwort des Journalistentags auf den Bericht von Andreas Hunzinger.

"Die verlegerischen Fehlentscheidungen der letzten Jahre dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und ihren Familien ausgetragen werden", lautet eine Forderung der Resolution. Die Frankfurter Rundschau brauche die Chance für einen Neustart. "Da sehen wir die bisherigen Hauptgesellschafter DuMont Schauberg und DDVG in der Verantwortung."

[Aufruf-Solidaritaet-mit-den-Beschaeftigten-der-FR-1.pdf \(PDF, 78 kB\)](#)



Max Biederbeck (links) und Max Muth von der Deutschen Journalistenschule

Foto: Jan-Timo Schaub

Objektivität im Journalismus - Ein Problem?
Ein Magazin der Lehrredaktion 50 A der Deutschen Journalistenschule in München

Der Film der Journalistenschüler geht anhand der Berichterstattung vor dem Prozess gegen Jörg Kachelmann der Frage nach, wie weit Journalistinnen und Journalisten überhaupt neutral sein können. Ist eine Story, die nur die Aussagen Betroffener oder Bekannter des mutmaßlichen Täters unkommentiert wiedergibt, neutral?

Am Thema Ärztehonorare demonstrieren die Journalistenschüler, wie sehr Bildauswahl und Kameraführung die Wirkung einer Aussage beeinflussen. Auch der Wunsch "Teil eines Abenteurers zu sein" (Hartmut Scherzer) kann Journalisten beeinflussen, etwa dem Doping lieber nicht genau hinterherzuspüren. Damit wird der Sportjournalismus durch zu große Nähe unglaubwürdig. Wie Journalisten ungewollt zwischen die Fronten geraten und instrumentalisiert werden können, zeigt der Film am Beispiel der Berichterstattung aus dem umkämpften Syrien.

Im anschließenden Bericht über ihre Recherche bezweifelte Max Muth, dass die oft kolportierte Aussage von Friedrichs so überhaupt gefallen sei.



Klaus Schrage

Foto: Jan-Timo Schaube

Klaus Schrage

Ehemaliger Lokalchef vom Schwabacher Tagblatt und Gesellschaftsreporter der Nürnberger Nachrichten

"Wie machen sich Lokaljournalistinnen und -journalisten gemein mit ihrer Region?"

Muss ein Lokaljournalist auch Lokalpatriot sein? Muss er dem steten Drängen "Schreiben Sie was Schönes" nachkommen um in der Provinz zu überleben? Heißt kritische Berichterstattung, dass dem Lokaljournalisten das Ansehen seiner Kommune egal ist? "Dazugehören ist Teil unseres Berufes. Wir können das nie völlig vermeiden. Die Frage ist nur, wie weit wir es zulassen", kommentierte Schrage die Zwickmühle des Lokalreporters.

"Auch ein Journalist, so sehr er gelegentlich die Zähne fletscht und zubeißt, will geliebt werden." Schrage erklärt: "Nähe zu verweigern ist Quatsch, ist Ängstlichkeit. Ob du trotzdem Distanz halten kannst, ist eine Frage deiner persönlichen Qualität." Aber: "Kein Fußbreit für

Nazis - warum sollte ich mich mit diesem Satz nicht gemein machen?" Schrage zitierte als Resümee die Antwort des neuen "Monitor"-Chefs Georg Restle auf die Frage, wann ein Journalist ein guter Journalist sei: "Wenn er ein unbestechlicher Menschenfreund ist."

In einer äußerst lebhaften Diskussion wurde hinterfragt, ob man sich mit gewissen Sachen gemein machen solle. Wieviel Rückhalt kritischer Journalismus in den Redaktionen erhält, wenn es gegen die Lokalgrößen geht. Wieviel wirtschaftliche Unabhängigkeit nötig ist für einen möglichst objektiven Journalismus und ob dies bei den miesen Honoraren in Lokalredaktionen heute überhaupt realistisch ist. Die letzte Frage nahm der freie Journalist Heinz Wraneschitz auf und verlangte die bessere Vernetzung der Freien untereinander. Pascal Beucker von der taz betonte, dass natürlich jeder Journalist eine eigene politische Meinung habe, doch es gehe darum, die Fakten möglichst breit und neutral zu berichten. Franz-Josef Hanke forderte: "Wir müssen objektiv berichten, aber wir müssen einen Standpunkt haben."



Podiumsrunde (von links): Thomas Walde, Uli Röhm, Anita Stocker und Nikolaus Blome

Foto: Jan-Timo Schaube

Podiumsdiskussion

"Dürfen oder sollen sich Journalisten mit einer Sache gemein machen?"

Es diskutieren:

Nikolaus Blome (BILD)

Thomas Walde (ZDF-Hauptstadtstudio)

Anita Stocker (Stiftung Warentest)

Moderation: Uli Röhm

Gemein machen? Partei ergreifen? Für Anita Stocker sind diese Formulierungen zu schwammig, um sie so bejahen oder verneinen zu können. Sie gehe als Journalistin mit einer Ausgangsfrage oder These an ein Thema heran. Thomas Walde warnt davor, mit einer bestimmten Vorgabe an die Recherche zu gehen. Damit beschränkten sich Redaktionen selbst. Nach der Beschäftigung mit dem Thema könne und solle man Lesern und Zuschauern durchaus erklären, wie und warum man als Journalist zu einer bestimmten Haltung zu diesem Thema gekommen sei. Man müsse die Schwachstellen in Argumentationen aufdecken - egal bei wem.

Nikolaus Blome unterstreicht, dass Journalisten und Medien eine Haltung haben sollen. Uli Röhm fragt nach der Einschränkung journalistischen Arbeitens durch die Grundsätze von Axel Springer, die in diesem Verlag Teil der Arbeitsverträge sind und unter anderem eine Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden sowie die Existenz Israels und die soziale Marktwirtschaft als Leitlinie der Berichterstattung vorschreiben. Blome erklärt, dass dies nicht die tägliche Arbeit beeinflusse, aber Journalisten je nach ihrer politischen Grundhaltung zu einer Zeitung mit bestimmter Haltung passen oder nicht. A priori auf Seiten der "Schwachen" zu stehen, sei eine Denkbeschränkung, die er nicht akzeptiere.



Thomas Walde

Foto: Jan-Timo Schaub

Mitgliedschaft in einer Partei, einer Gewerkschaft, einer Kirche könne bei Journalisten zu Interessenkonflikten führen, meint Walde, wenn sie über genau diese berichten müssen. Dem widersprach Klaus Schrage im Hinblick auf die Gewerkschaften energisch und sagte zu den vielen jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern: "Denkt daran, ihr seid Arbeitnehmer. Und wenn ihr noch viele unbezahlte oder schlecht entlohnte Praktika machen wollt, dann bleibt draußen aus der Gewerkschaft." Sami Atwa betonte, es gebe doch einen Unterschied zwischen einem gewerkschaftlich organisierten Journalisten und einem Gewerkschaftsfunktionär.

Blome schätzt es als wichtig ein, sich für bestimmte Themen in der Redaktion einzusetzen, die natürlich auch von eigenen Interessen abhängig seien und erwartet dazu in einer Redaktion ein Zusammenspiel verschiedener Schwerpunkte der Journalistinnen und Journalisten, um eine gewisse Ausgewogenheit zu erreichen.

Walde und Blome warnen vor Situationen, wenn es in der Berichterstattung einen überwältigenden Mainstream in eine bestimmte Richtung gibt. Dann seien Misstrauen und Nachfragen am Platz.



Anita Stocker und Nikolaus Blome

Foto: Jan-Timo Schaub

Blome bestreitet, dass die BILD-Berichterstattung zu Europa und der Griechenlandkrise aus finanziellen Interessen gesteuert sei. "Mit den Titel zu Griechenland verdient man kein Geld, mit Berichten zum Dschungelcamp leider schon", berichtet Blome von den jeweiligen Verkaufszahlen je nach Aufmacher. Insgesamt müsse BILD in seiner Berichterstattung äußerst genau sein, denn bei jedem Fehler gebe es ganz schnell böse Leserbriefe und Gegendarstellungen. Zu dieser Genauigkeit sei die Zeitung durchaus auch von Bild-Blog gezwungen worden und habe daraus gelernt. Ein Fehler von deutschen und griechischen Journalisten sei, dass sie viel zu spät auf die Krise aufmerksam gemacht haben.

Walde unterstreicht immer wieder, dass Leser und Zuschauer nicht blöd seien, die könnten die Nachrichten aus verschiedenen Medien durchaus für sich einordnen und journalistische Tendenzen erkennen. Dagegen setzt ein Diskutant die Auffassung, dass Leser eine Position von Zeitungen und Zeitschriften erwarten. Das bezweifelt Anita Stocker, die Leser wollten Argumente. Ein abgehobenes Leben unter der politischen "Dunsthäube Berlin" bestreitet Walde energisch und verweist auf die Vielzahl der ZDF-Studios allein in Deutschland.

Blome schätzt, dass Leser heute mehr als vor zehn Jahren eine Einordnung durch die Journalisten erwarten, weil die Themen viel komplexer geworden seien. Verstecken sich manche Journalisten, wie von Dullien behauptet, hinter Experten, ohne deren Herkunft und Kompetenz aufzuzeigen, fragt Uli Röhm. "Das ist ein Spannungsfeld, dem müssen wir uns stellen", gibt Walde zu. Manche O-Töne würden leider auch gezielt gesucht, um eine bestimmte Meinung im Beitrag darzustellen. Ein guter Journalist müsse sich immer der Interessenkonflikte bewusst sein. "Wenn Politiker nach einem Interview sagen, 'war doch nett', dann habe ich was falsch gemacht", so Walde.

Anrufe von Leuten, die sich unberechtigt bei der Redaktion beschwerten, an sich abperlen zu lassen, "auch dafür kriege ich mein Geld", erklärt Blome. Ist die Beschwerde berechtigt, kriegt der Journalist ein Problem mit der Chefredaktion. "Wir machen auch Fehler", aber angreifbar mache man sich, wenn man sich zu sehr an Politiker ranschmeiße, sagt Walde. Respekt haben die Politiker nicht, wenn Journalisten nett zu ihnen sind.



dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß und dju-Vorsitzender Ulrich Janßen

Foto: Jan-Timo Schaube

Schlusswort
Ulrich Janßen

"Journalistinnen und Journalisten gehören in die Gewerkschaft", betont dju-Vorsitzender Ulrich Janßen in seinem Schlusswort. Auch deshalb, weil die Gewerkschaft so wie heute den

Raum bietet um über journalistische Objektivität, über Qualität und Professionalität nachzudenken. "Wir haben die Pflicht und Schuldigkeit, uns nicht einlullen zu lassen."

Die hohe Teilnehmerzahl zeige, wie wichtig die Auseinandersetzung mit den journalistischen Werten sei. "Verlage und Sender sollten stolz darauf sein, dass sie uns haben, die wir uns mit diesen Fragen intensiv auseinandersetzen", denn "Journalismus ist unentbehrlich". Er erfordert aber auch gute Arbeitsbedingungen und gute Bezahlung für Feste und Freie, denn durch Sparen könne man Journalismus kaputt kriegen.

Susanne Stracke-Neumann